

Was auf Migranten in Lampedusa zukommt

Überfüllte Lager und überforderte Behörden in Italien

Auf die neue, anschwellende Migrationswelle aus Afrika ist Italien schlecht vorbereitet. Viele der Bootsflüchtlinge landen in überfüllten Lagern - sie sind praktisch Gefangene.

Romina Spina, Rom

Dem Aufnahmezentrum der kleinen Mittelmeerinsel Lampedusa droht der Kollaps. In der Einrichtung zur Erstversorgung von Bootsmigranten stehen wegen eines früheren Feuerschadens derzeit nur knapp 250 der 381 Plätze zur Verfügung. In den letzten Tagen mussten aber infolge zahlreicher Neuankünfte zeitweise über 800 Personen in dem Zentrum untergebracht werden. Die steigenden Zahlen sind nicht überraschend, in Lampedusa landen jedes Jahr zu Beginn des Sommers Boote mit Migranten aus Nordafrika.

Gefährliche Überfahrt

Vom jüngsten Wanderungsstrom ist nicht nur die Insel südlich von Sizilien betroffen. Diesen Monat haben über 1000 Bootsflüchtlinge die Küsten der Regionen Sizilien, Kalabrien und Apulien erreicht. Seit Jahresbeginn sind schon mehr als 7000 Personen eingetroffen. Sie kommen vorwiegend vom afrikanischen Kontinent, viele fliehen vor Bürgerkriegen in Ländern wie Somalia und Eritrea. Italiens Innenminister Angelino Alfano erklärte letzte Woche im Parlament, dass die Ankünfte eine Folge der politischen Instabilität in Libyen seien. Neben Afrikanern gelangen aber auch viele Migranten aus Asien oder aus dem Nahen Osten über die Türkei nach Süditalien.

Bei der tagelangen Fahrt über das Mittelmeer an Bord von überfüllten und oft seeuntüchtigen Fischerbooten kommen viele Migranten ums Leben. Nach Schätzungen dürften in den letzten 25 Jahren bis zu 20 000 Personen so umgekommen sein. In der Regel erhalten Migranten kurz vor ihrer Abfahrt Angaben von Schleusern, wie sie bei Schwierigkeiten auf offenem Meer Hilfe anfordern können. Die italienische Küstenwache hat Hunderte von Afrikanern auf hoher See gerettet und nach Lampedusa gebracht.

Auf der Insel werden die Migranten zunächst identifiziert. Die Behörden und auch Nichtregierungsorganisationen prüfen, wer unter ihnen Anspruch auf Schutz oder humanitäre Hilfe hat. Dies trifft etwa bei Flüchtlingen, Minderjährigen, schwangeren Frauen oder Opfern von Menschenhändlern zu. Sie werden innert Kürze von Lampedusa in eines der Aufnahmezentren für Asylsuchende aufs italienische Festland gebracht. In diesen Einrichtungen warten sie auf den Entscheid über ihren Asylantrag. Weil die Anstalten teilweise stark überfüllt sind, hat Innenminister Alfano soeben angekündigt, dass im Rahmen eines Sonderprogramms zur Versorgung der Asylbewerber die Anzahl der verfügbaren Plätze verdoppelt werden soll. Nebst Asylsuchenden kommen aber auch viele Wirtschaftsmigranten nach Italien, die ihre Heimat verlassen, um sich den Traum eines besseren Lebens zu erfüllen. In dieser Hinsicht gilt Lampedusa vor allem für junge Afrikaner

als das Tor nach Europa. Dafür nehmen sie die oft sehr teure und lebensgefährliche Reise auf sich. Doch die Hoffnungen der meisten Wirtschaftsmigranten werden bald nach ihrer Ankunft enttäuscht. Wer sich nicht ausweisen kann, kommt von Lampedusa direkt in ein Ausschaffungszentrum.

Teure Ausschaffungszentren

Laut Polizeidaten befanden sich 2012 knapp 8000 Migranten und Migrantinnen in diesen Anstalten. Diese wurden geschaffen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung und sind höchst umstritten. Offiziell gelten sie nicht als Gefängnisse, doch in Wirklichkeit können Migranten die Einrichtungen nicht verlassen und werden wie Häftlinge behandelt. Menschenrechtsorganisationen haben immer wieder auf die Missstände in den Ausschaffungszentren hingewiesen. Die Migranten leben dort unter sehr harten Bedingungen, haben kaum Rechte und sind häufig der Gewalt ausgesetzt.

Die Zentren haben sich im Laufe der Zeit zudem als kostspielig und ineffizient erwiesen. Der Staat investiert jährlich 55 Millionen Euro in sie. 2012 wurde indes nur die Hälfte aller Insassen effektiv ausgeschafft. Das Gesetz sieht vor, dass der Aufenthalt dort bis zu 18 Monate dauern kann, wenn das Heimatland nicht mit den italienischen Behörden zur Identifikation eines Migranten kooperiert. Laut dem Leiter des Zentrums in Ponte Galeria bei Rom sind nicht alle Regierungen bereit, über die Ausschaffung der eigenen Landsleute zu verhandeln. Wenig kooperativ seien vor allem autoritäre Regime in Afrika. Wird keine Einigung gefunden, so erhält der Migrant einen Ausreisebefehl und muss das Land innerhalb von fünf Tagen verlassen. Die wenigsten verfügen über finanzielle Mittel, um weiter nach Nordeuropa zu reisen, und bleiben deshalb irregulär in Italien.

Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wissen die meisten Migranten, dass sie in Italien auch ohne Aufenthaltsbewilligung einen Job finden können. Was sie indes nicht erahnen, sind die sklavenähnlichen Anstellungsbedingungen, denen sie als Schwarzarbeiter oft unterliegen werden. Weil sie sich irregulär im Land aufhalten, haben sie weder Schutz noch Rechte und werden somit vor allem in Bereichen wie der Landwirtschaft oder dem Bauwesen ausgebeutet.

Italiens Einwanderungsgesetz ist in vieler Hinsicht problematisch und hat auch international für scharfe Kritik gesorgt. Vor allem ein 2008 unterzeichnetes Abkommen zwischen Italien und Libyen zur Eindämmung der Migrantenströme hatte heftige Reaktionen hervorgerufen. Infolge des Pakts war Italien 2012 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu Schadenersatz verurteilt worden, weil es 2009 rund 200 Bootsmigranten auf hoher See aufgegriffen und nach Libyen zurückgewiesen hatte. Umstritten sind aber auch die Vorgaben, wonach Fischerboote, die bei einem Notfall Migranten aufnehmen, unter dem Verdacht auf Beihilfe zur illegalen Einwanderung konfisziert werden. Aus diesem Grund leisten laut IOM nicht alle Fischer Nothilfe. Doch Änderungen des Immigrationsgesetzes sind derzeit nicht vorgesehen.

Untergetaucht

Nach verschiedenen Schätzungen macht die irreguläre Einwanderung im Mittelmeerraum zwar nur rund 15 Prozent des gesamten Migrationsflusses nach Italien aus. Die meisten Migranten gelangen über andere Wege ins Land, sie reisen mit dem Flugzeug, dem Auto oder dem Bus ein und sind im Besitz eines gültigen Visums. Wenn dieses abläuft und nicht erneuert werden kann, bleiben sie weiter im Land. Werden sie von den Behörden erwischt, so droht ihnen die Abschiebehaft.

Laut dem nationalen Statistikinstitut Istat lebten 2011 rund 5 Millionen Ausländer in Italien, die mit ihrer Arbeit zu 12 Prozent des Bruttoinlandprodukts beitrugen. Die Zahl jener Personen, die sich ohne Aufenthaltsbewilligung im Land befinden, wird auf eine halbe Million geschätzt; genaue Angaben gibt es nicht. Was beispielsweise mit rund 27 000 Migranten geschah, die 2011 von Libyen nach Lampedusa gelangten und danach aufs Festland gebracht wurden, weiss niemand. Es wird vermutet, dass viele von ihnen nach Frankreich weitergereist sind.